

Venezuela in der Krise: Was folgt nach dem Ende der Maduro-Ära? Innen- und außenpolitische Implikationen¹



Kölner Forum für Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik e. V.

Verschriftlichter KLAGK-Vortrag von Rafael Uribe Neira (u. a. Mitglied und Autor der KFIBS-Forschungsgruppe „Lateinamerika“) – gehalten am 6. Juni 2019 an der Universität zu Köln

Konfliktursache und „Konflikttreiber“

Venezuela findet keinen geeigneten Weg aus der politischen Krise. Die venezolanischen Präsidentschaftswahlen vom 20. Mai vergangenen Jahres, die laut internationalen Beobachtern sowie Oppositionsvertretern nicht unter transparenten und zwangsfreien Bedingungen abliefen (Colina & McCoy 2018), fanden keine Anerkennung unter den Oppositionsmitgliedern. Während das venezolanische Parlament den Parlamentschef Juan Guaidó zum Interimspräsidenten ernannte und die Stellung von Präsident Nicolás Maduro als legitimes Staatsoberhaupt Venezuelas infrage stellte, unterstützte die internationale Gemeinschaft die Ansprüche der Legislative. Die Forderungen der Opposition – mehrheitlich im Parlament – sehen das „Ende der widerrechtlichen Aneignung“ (*el fin de la usurpación*) und Neuwahlen zur Bildung einer Übergangsregierung vor. Die Regierung bestreitet hingegen diese Version und besteht auf der Transparenz und Gültigkeit der Wahlen. Die Legitimitätskrise des amtierenden Präsidenten Maduro verschärft somit eine ohnehin schon sehr angespannte politische Lage in dem südamerikanischen Land.

Die im Grunde genommen wahlpolitische Krise, Ursache der aktuellen Konjunktur, erweist sich nicht als ein neues Element im Tauziehen um die Macht in Venezuela. Führende politische Kräfte halten sich eher selten an demokratische Regeln (Buxton 2017). Bereits im Jahr 1992, als das Militär, von vier Oberstleutnants geführt, darunter der damalige Oberstleutnant Hugo Chávez, vergebens putschte, war der frühere Präsident Carlos Andrés Pérez in der Lage, die Krise zu bewältigen. Sechs Jahre später gewann Chávez – demokratisch – die Präsidentschaft

¹ Hinweis: Dieser Beitrag berücksichtigt die wichtigsten Ereignisse in Venezuela bis einschließlich zum 29. Juli 2019.

und führte tief greifende Reformen durch, die den Kern des politischen Programms des *Chavismo* umsetzten, nämlich sozioökonomische Reformen, die kapitalistische, sozialistische und staatliche Regierungsformen mischten und Geld aus der Erdölförderung umverteilten.

Während die zentralisierten Reformen den Lebensstandard der venezolanischen Bevölkerung erhöhten, wurden ihre Grundannahmen von der Opposition nicht gutgeheißen. Im Jahr 2002 wurde versucht, Hugo Chávez aus dem Amt zu treiben. Ein Jahr später scheiterte die Sperre der PDVSA, der nationalen Ölfirma, vonseiten oppositioneller Gruppen. Im Jahr 2013 starb Chávez an Krebs und kurz darauf wurde sein damaliger Vizepräsident und früherer Außenminister Nicolás Maduro zum neuen Präsidenten Venezuelas gewählt. Im Zuge mehrerer parallel ablaufender Krisen wie die der sinkenden Ölpreise und der Hyperinflation eskalierten ebenfalls die politischen Spannungen mit der Opposition. Die für Dezember 2016 angesetzten Gouverneurswahlen in den *Departamentos* (Provinzen) wurden auf Mitte Juni 2017 verschoben (Cawthorne 2016). Die Ergebnisse der Parlamentswahlen im Jahr 2016 zeigten schon damals eine klare Mehrheit von gewählten Parteien, die nicht zur PSUV („Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas“ bzw. *Partido Socialista Unido de Venezuela*) gehörten (Ellner 2016). Gleichzeitig erwarb die Opposition die Mehrheit im venezolanischen Parlament. Im Mai 2017 entmachtete das Parlament die Regierung und gründete mithilfe der Judikative die sogenannte verfassungsgebende Versammlung (*Asamblea Constituyente*). In dieser saßen vorwiegend PSUV-affine Abgeordnete. In der Praxis bedeutet dies, dass Ende 2018 zwei legislative Körperschaften und zwei Chefs der Exekutive miteinander konkurrieren. So erklärt man politisch die zunehmende Krise des bolivarianischen Regimes in Venezuela.

Seit 2013 trägt die wirtschaftliche Krise zur nationalen Unruhe bei. In einer dekommodifizierten Ökonomie hängt der Erwerb von Waren und sozialen Leistungen nicht von den Veränderungen des Marktes ab. Dem Staat gehört die Zuwendung von sozialen Leistungen und Gütern. Basierend auf den großen Ölreserven führte der venezolanische Staat einen kontrollierten Wechselkurs ein. Mit günstigen Preisen für Firmen und Individuen, die für die Wirtschaft unentbehrliche Waren importieren oder herstellen, schafft der Staat die Güter, derer eine dekommodifizierte Gesellschaft bedarf – so das Modell (Ellner 2016; Hetland 2016).

Die Zuwendung von Gütern und sozialen Leistungen bleibt nicht ausschließlich im Verantwortungsbereich des Staates. Ein signifikanter Teil fällt überraschenderweise noch in den privaten Sektor, der in der Tat im Modell des „Sozialismus der Zukunft“ (*socialismo del futuro*) gewachsen ist (Hetland 2016). Dennoch bedeuteten bessere Bedingungen für den Kauf von

Devisen nicht unbedingt eine höhere Produktion von Gütern. Die Devisen werden tatsächlich oft auf dem Schwarzmarkt verkauft. Dadurch erlangte Profite von bis zu 150 Prozent stellen die Grundlage für dasjenige dar, was man gemeinhin als „Wirtschaftskrieg“ – angeblich von den privaten Firmen ausgehend – bezeichnet: Die Staatsmaßnahmen des sozialistischen Modells als Vorteile für den eigenen Profit. In der Tat werden auch im öffentlichen Sektor private Gewinne erwirtschaftet. In der Konsequenz ist die nationale Wirtschaft nicht imstande, notwendige Waren zu erlangen und parallel dazu führen unkontrollierte Raten auf dem Schwarzmarkt immer wieder zu höheren Preisen im Vergleich zu den offiziellen Raten. Somit ist die Kaufkraft der Bevölkerung bedroht. Dadurch erklärt man pauschal die steigende Knappheit, die rasante Hyperinflation und die weit verbreitete Korruption – sowohl in Privat- als auch in Staatsunternehmen (Ellner 2016; Hetland 2016).

Die starke Abhängigkeit von Erdöl hält die Widersprüche des ökonomischen Modells aufrecht. Venezuela besitzt die größten Ölreserven der Welt mit 302.172 Millionen Fässern – laut Angaben der OPEC (2018, S. 26) [im Vergleich dazu besitzt Saudi-Arabien 266.000 Mio. und der Iran 155.600 Mio.] – und ca. 95 Prozent der gesamten Staatseinnahmen kommen aus der Ölproduktion. So stellte sich der ständige Rückgang der Ölproduktion als fatal für die zunehmende nationale Krise heraus. Im Jahr 2012 – kurz vor Maduros Amtsantritt – erzeugte Venezuela 2,37 Millionen Fässer Öl. Im Jahr 2016 fiel diese Zahl auf 2,18 und im Jahr 2019 auf 1,22 Millionen Fässer, also nur etwas mehr als die Hälfte im Vergleich zu den drei früheren Jahren (EIA 2019).

Dies hat verheerende Folgen für die Wirtschaft und auch für die Menschen in einem Land, das ca. 2,5-mal größer als Deutschland ist (Statistisches Bundesamt 2018). Im Jahr 2018 rechnete der Internationale Währungsfonds (IWF) mit 1.000.000 Prozent Verlust der Kaufkraft und prognostiziert eine 10.000.000-prozentige Hyperinflation und eine 25-prozentige Wirtschaftsverringerung für Ende 2019 (International Monetary Fund 2019). Internationale humanitäre Agenturen schätzen, dass ungefähr 7.000.000 Menschen humanitärer Hilfe bedürfen – 3,2 Prozent davon sind Kinder (UNICEF 2019). Zwischen 2015 und 2018 flüchteten ca. 3,3 Millionen Menschen vor der zunehmenden politischen Verfolgung und wegen des Mangels an lebensnotwendigen Gütern. Die Vereinten Nationen (VN) schätzen, dass ca. zwei Millionen Migranten aus Venezuela bis Ende 2019 zu erwarten sind (Cara Labrador & Merrow 2019; R4V 2019).

Lateinamerikanische Länder sind davon am meisten betroffen. Zwischen 2015 und 2018 befanden sich mehr als 130.000 Venezolaner in Argentinien, in Chile 288.000, in Peru 500.000 und in Kolumbien mehr als eine Million (Cara Labrador & Merrow 2019). Somit ist das benachbarte Land das meistbetroffene in Südamerika. Im Vergleich dazu haben nur insgesamt 185.853 Migranten einen formellen Asylantrag in Deutschland im Jahr 2018 – laut Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) [2018, S. 4] – gestellt.

Auch außerhalb der Region sucht die Diaspora Zuflucht. In den Vereinigten Staaten von Amerika befinden sich fast 300.000 Venezolaner. In Europa sind die meisten in Spanien und in Italien anzutreffen. Dort halten sich jeweils 208.000 bzw. 50.000 Venezolaner auf. In Deutschland sind die Zahlen der Geflüchteten zwar noch nicht erfasst, aber einige Spuren deuten darauf hin, dass Migranten zunehmend auf der Suche nach Schutz im Herzen der Europäischen Union (EU) sind. Laut Angaben des Statistischen Bundesamts wohnen 6.460 Venezolaner derzeit in Deutschland (2019, S. 150). Dem BAMF zufolge (2019) verdoppelte sich die Zahl der Venezolaner, die einen formellen Antrag auf Asyl stellten. Im 2017 lag sie bei 203, im Jahr 2018 hingegen bei 404 Antragstellern. Auffällig erscheint hier die hohe Prozentzahl der abgelehnten Asylanträge: jeweils 63 Prozent (127) und 47 Prozent (189). Unklar bleibt indes, wie viele Venezolaner wegen der politischen Krise als Touristen oder mit einem EU-Pass einreisen, wie viele illegal einreisen bzw. illegal bleiben und welches sozioökonomische Profil sie haben, wie dies die venezolanische Aktivistin Milsy Liebezeit gegenüber dem Autor in einem persönlichen Gespräch am 6. Juni dieses Jahres ausführte. Zu verstehen, wer und wie viele es überhaupt nach Deutschland schaffen, stellt die Basis für die notwendige politische Diskussion in Europa darüber dar, mit welchen Maßnahmen die EU die Krise sowohl in Lateinamerika als auch daheim konfrontieren sollte.

Zukunftsszenarien für Venezuela

In dieser Hinsicht ist eine im Grunde genommen wahlpolitische Krise außer Kontrolle geraten. Dazu kommt noch eine zunehmende wirtschaftliche Krise und ein undemokratisch ausgetragener Konflikt, der das Schicksal von Millionen Menschen verschärft. Da es unzuverlässige und oft widersprüchliche Berichte aus dem Land gibt, lassen sich die Zukunftsperspektiven der Nation und des Landes nicht ohne gewisse Spekulationen und Imagination entwerfen. Dieser Beitrag stellt vier mögliche Zukunftsszenarien vor, wie sich die Ereignisse im Laufe der kommenden 12 Monate entwickeln könnten. Die Reihenfolge ordnet

sich je nach Grad der politischen Gewalt und findet Inspiration in einigen Skizzen und Vermutungen von Venezuela-Experten (vgl. Cyr & Maves Braithwaite 2019; International Crisis Group 2019; Rendón 2019; Rendón & Schneider 2017; Naím & Toro 2019).

Szenario 1: Ein heikler politischer Kompromiss

Nach den gescheiterten Massendemonstrationen für den *Regime Change* des 30. April 2019 – die „Operation Freiheit“ (*Operación Libertad*) – kam es zu einem temporären Stillstand des Konflikts. Kurz darauf machten internationale Medien publik, der MUD („Runder Tisch der demokratischen Einheit“ bzw. *Mesa de la Unidad Democrática*) und der *Chavismo* hätten Unterhändler geschickt, um Friedensgespräche in Norwegen zwecks einer politischen Vereinbarung abzuhalten. Obwohl dieser Versuch scheiterte (Reuters 2019a), könnte die aktuelle Runde, die gerade auf den Bermudainseln in der Karibik stattfindet (BBC 2019), von zwei widerstreitenden Positionen ausgehen: zum einen Neuwahlen zur Bildung einer Übergangsregierung, zum anderen die Gesichtswahrung des Chavismus durch die Anerkennung von Nicolás Maduro als demokratisch gewählter Präsident Venezuelas. In der Praxis würde das bedeuten, dass die Opposition ihren Platz im venezolanischen Parlament wiedererlangen und die Regierungspartei das präsidentielle Amt behalten würde. Ob sich diese Lösung als nachhaltig erweist, ist eine offene Frage. Inwiefern beide Parteien die (wahl-)politische Krise des Landes lösen könnten, bleibt ebenfalls ungewiss.

Szenario 2: Das Militär putscht als Anreiz zu einem wenig transparenten Übergang

Spekulation herrscht in Bezug auf die Rolle des Militärs in Venezuela. Die ca. 120.000 Mann starken Streitkräfte (The Military Balance 2019) unterstützen mehr oder weniger das herrschende *Chavista*-Regime. Dennoch desertiert eine kleine, aber durchaus bedeutsame Anzahl an Truppen mittleren und unteren Ranges. Im Laufe des Jahres 2019 haben 1.400 Mitglieder aus den verschiedenen Streitkräften desertiert (Bland & Dube 2019). Sollte sich die Lage zusehends verschlechtern, kann dies zu einem Anreiz für einen Putsch werden. Es bleibt noch offen, was danach passieren könnte. Es stellen sich folgende Fragen: Unter welchen Umständen könnte das Militär friedlich oder gewaltsam die Macht ergreifen? Würde das Militär die Macht vorübergehend behalten und die Basis für eine Übergangsregierung schaffen? Sind die Streitkräfte überhaupt imstande, das Gewaltmonopol im Land aufrechtzuerhalten, während die politischen Eliten ein Abkommen mit internationaler Unterstützung erreichen?

Szenario 3: Bürgerkrieg und gemeinsamer Sturz in den Abgrund

Dieses sogenannte Syrien-Szenario wäre eines der dunkelsten Kapitel in der Region. Unter ständigem Verlust von Staatseinnahmen, dem Druck der US-Sanktionen und der Unfähigkeit der lokalen Akteure, ein Abkommen zu erzielen, stoßen allmählich die Kapazitäten des venezolanischen Staates, öffentliche Güter der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen, an ihre Grenzen. Die präexistenten Divisionen unter den Eliten (Detsch 2019), die hohe Verbreitung von Kleinwaffen unter den 1,6 Millionen starken bolivariischen Milizen, die nahezu unbeherrschbare Präsenz kolumbianischer Guerillas, Paramilitärs und Kriminalität in den Grenzzonen und rund um ressourcenreiche Zonen führen zur Entstehung von Einflusszonen innerhalb des Landes. Im Gegensatz zu Syrien wären die Hauptakteure nicht von ethnischen/religiösen Faktoren getrieben – und nicht jeder Akteur wäre vorwiegend motiviert, zentrale Machtinstanzen an sich zu reißen. Metall-, Drogenschmuggler und wirtschaftlich motivierte Gruppen lassen einer schwachen Zentralmacht freien Lauf für ihre illegalen Aktivitäten.

Szenario 4: Militärintervention

Eine externe unilaterale kriegerische Handlung stellt ein weitverbreitetes Thema in den Medien dar. Nach den wiederholten Aussagen von US-Präsident Donald J. Trump, dass „alle Optionen auf dem Tisch“ lägen (Fiorella 2019), fand eine solche Überlegung in verschiedenen Abstufungen ein entsprechendes Echo. So haben etwa der brasilianische Präsident Jair Bolsonaro, der kolumbianische Botschafter in den USA, Francisco Santos, und Juan Guaidó nach dem gescheiterten „Unternehmen Freiheit“ (*Operación Libertad*) eine US-Intervention angedeutet (Reuters 2019b). Inwieweit sich eine amerikanische Militärintervention vorhersagen lässt, ist noch eine offene Frage.

Dennoch kann man mit einiger Sicherheit sagen, dass kriegerische Handlungen hohe Kosten für die jeweils intervenierende Macht verursachen. Die zwei denkbaren Handlungsoptionen lauten: entweder gezielte Luftanschläge, die den Weg für einen multinationalen Verband aus verschiedenen lateinamerikanischen Ländern ebneten würden, oder eine einseitige US-Intervention.

Da die venezolanischen Streitkräfte selbst von der ökonomischen Krise betroffen sind, wie die Angaben von SIPRI (2019) zu Militärausgaben nahelegen, stellen eigentlich der Zerfall der staatlichen Instanzen und die Präsenz benachbarter bewaffneter Gruppen eine ernste Gefahr für die Region dar. Langlebige kolumbianische Guerillagruppen könnten das Land

destabilisieren. Mit Recht weisen Kommentatoren (Mora 2019; Serbin Pont 2019) darauf hin, dass die Perspektive einer Militärintervention eine langwierige und teure Situation sei, die eine kriegsmüde US-Bevölkerung nicht wollen würde.

Schlussendlich sind die lateinamerikanischen Länder nicht bereit, jenseits der schon robusten diplomatischen Maßnahmen weitere Druckmittel einzusetzen. In Zentral- und Südamerika kommen relativ wenige bewaffnete Konflikte im Vergleich zu Asien oder Afrika vor, manchmal sogar weniger als in Europa (Smith 2001; Petterson & Wallenstein 2015), wobei zwischenstaatliche Konflikte eher eine Ausnahme als die Regel für eine Konfliktaustragung sind (Fedirka 2016). Eine solche Haltung ist auf den Verzicht von Gewalt in den kontinentalen Beziehungen zurückzuführen. Außerdem gibt es auch im US-Kongress keine Einigung über einen möglichen Militäreinsatz. Das Wahlmotto „America first“ des US-Präsidenten Trump bedeutet in erster Linie eine ambivalente Tendenz zum Isolationismus in den internationalen Beziehungen (Sestanovich 2017). Andere Formen von Interventionen (z. B. eine *Peacekeeping*-Mission) scheinen zwischenzeitlich sogar schwieriger zu sein, solange China und Russland im Sicherheitsrat der VN ihre Vetos einlegen. Somit dürfte die Wahrscheinlichkeit einer externen Intervention eher gering sein.

(Lektorat und Korrektorat: Dr. Sascha Arnautović, KFIBS-Redaktionsleiter)

Quellen

- *BBC News* (2019): Venezuela's Maduro 'Optimistic' as Crisis Talks Resume, in: *BBC News* v. 09.07.2019, <<https://www.bbc.com/news/world-latin-america-48904193>> [Zugriff: 29.07.2019].
- *Blandon, Daniela/Dube, Ryan* (2019): Venezuela's Military Deserters Face Disappointment Across the Border, in: *The Wall Street Journal* v. 29.05.2019, <<https://www.wsj.com/articles/venezuelas-military-deserters-face-disappointment-across-the-border-11559122202?mod=rsswn>> [Zugriff: 03.06.2019].
- *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* (2018): Aktuelle Zahlen zu Asyl, 2018, <<http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-dezember-2018.html>> [Zugriff: 03.06.2019].

- *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* (2019): Länderreport Venezuela Nr. 2, <<http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Herkunftslanderinformation/en/venezuela-laenderreport-2019-02.html>> [Zugriff: 03.06.2019].
- *Buxton, Julia* (2017): Situation Normal in Venezuela: All Fouled Up, in: NACLA Report on the Americas 49 (2017), S. 3–6, <https://doi.org/10.1080/10714839.2017.1298235>.
- *Cara Labrador, Rocio/Merrow, William* (2019): The Venezuelan Exodus: Council on Foreign Relations, <<https://www.cfr.org/article/venezuelan-exodus>> [Zugriff: 03.06.2019].
- *Canthorne, Andrew* (2016): Venezuela Delays State Elections to 2017, Opposition Angry, in: Reuters v. 18.10.2016, <<https://www.reuters.com/article/us-venezuela-politics/venezuela-delays-state-elections-to-2017-opposition-angry-idUSKCN12I2QN>> [Zugriff: 03.06.2019].
- *Colina, Griselda/McCoy, Jennifer* (2018): Venezuela elections 2018: evaluating electoral conditions in an authoritarian regime: The London School of Economics and Political Science, <<https://blogs.lse.ac.uk/latamcaribbean/2018/05/18/venezuela-elections-2018-evaluating-electoral-conditions-in-an-authoritarian-regime/>> [Zugriff: 03.06.2019].
- *Coordination Platform for Refugees* (2019): R4V Refugee and Migrant Response Plan: Coordination Platform for Refugees and Migrants for Venezuela, 2018, <<https://r4v.info/es/documents/details/67282>> [Zugriff: 03.06.2019].
- *Cyr, Jennifer/Maves Braithwaite, Jessica* (2019): Here are 4 ways that Venezuela's crisis could end, in: The Washington Post v. 24.05.2019, <https://www.washingtonpost.com/politics/2019/05/24/venezuela-appears-verge-change-look-one-these-scenarios/?utm_term=.99ede13073d4> [Zugriff: 03.06.2019].
- *Detsch, Claudia* (2019): "Civil War Is Possible": International Politics and Society, <<https://www.ips-journal.eu/regions/latin-america/article/show/civil-war-is-possible-3455/>> [Zugriff: 03.06.2019].
- *EIA* (2019): Venezuelan crude oil production falls to lowest level since January 2003: U.S. Energy Information Administration, <<https://www.eia.gov/todayinenergy/detail.php?id=39532>> [Zugriff: 03.06.2019].
- *Ellner, Steve* (2016): Showdown in Venezuela, in: NACLA Report on the Americas 48 (2016), S. 111–114, <https://doi.org/10.1080/10714839.2016.1201265>.
- *Fedirka, Allison* (2016): How South America Has Avoided Interstate War: Geopolitical Futures, <<https://geopoliticalfutures.com/how-south-america-has-avoided-interstate-war/>> [Zugriff: 03.06.2019].
- *Fiorella, Giancarlo* (2019): Will Guaido's Call for U.S. Military Intervention?, in: Foreign Affairs v. 17.04.2019, <<https://www.foreignaffairs.com/articles/venezuela/2019-04-17/will-guaido-call-us-military-intervention>> [Zugriff: 03.06.2019].

- *Hetland, Gabriel* (2016): Chavismo in Crisis, in: NACLA Report on the Americas 48 (2016), S. 8–11, <https://doi.org/10.1080/10714839.2016.1170289>.
- *International Crisis Group* (2019): Recoger los platos rotos luego del frustrado levantamiento en Venezuela, <<https://www.crisisgroup.org/es/latin-america-caribbean/andes/venezuela/picking-pieces-after-venezuelas-quashed-uprising>> [Zugriff: 03.06.2019].
- *International Monetary Fund* (2019): República Bolivariana de Venezuela, <<https://www.imf.org/en/Countries/VEN>> [Zugriff: 03.06.2019].
- *Mora, Frank* (2019): What a Military Intervention in Venezuela Would Look Like, in: Foreign Affairs v. 19.03.2019, <<https://www.foreignaffairs.com/articles/venezuela/2019-03-19/what-military-intervention-venezuela-would-look>> [Zugriff: 03.06.2019].
- *Naím, Moisés/Toro, Francisco* (2018): Venezuela's Suicide. Lessons From a Failed State, in: Foreign Affairs v. Nov./Dez. 2018, <<https://www.foreignaffairs.com/articles/south-america/2018-10-15/venezuelas-suicide>> [Zugriff: 03.06.2019].
- *OPEC* (2019): Annual Statistical Bulletin Nr. 53, <<https://asb.opec.org/index.php/data-download>> [Zugriff: 03.06.2019].
- *Pettersson, Therése/Wallensteen, Peter* (2015): Armed conflicts, 1946–2014, in: Journal of Peace Research 52 (2015), S. 536–550, <https://doi.org/10.1177/0022343315595927>.
- *Rendon, Moises* (2019): What Happens Next in Venezuela?: CSIS Center for Strategic & International Studies, <<https://www.csis.org/analysis/what-happens-next-venezuela>> [Zugriff: 03.06.2019].
- *Rendon, Moises/Schneider, Mark* (2017): Potential Scenarios for Venezuela's Future: CSIS Center for Strategic & International Studies, <<https://www.csis.org/analysis/potential-scenarios-venezuelas-future>> [Zugriff: 03.06.2019].
- *Reuters* (2019a): Venezuela's Guaido seeks U.S. Pentagon cooperation to solve political crisis, in: Reuters v. 11.05.2019, <<https://www.reuters.com/article/us-venezuela-politics/venezuelas-guaido-seeks-us-pentagon-cooperation-to-solve-political-crisis-idUSKCN1SH0L3>> [Zugriff: 03.06.2019].
- *Reuters* (2019b): Venezuela's Guaido says no plans for further talks in Norway, in: Reuters v. 07.06.2019, <<https://www.reuters.com/article/us-venezuela-politics/venezuelas-guaido-says-no-plans-for-further-talks-in-norway-idUSKCN1T82GL>> [Zugriff: 15.06.2019].
- *Serbin Pont, Andrei* (2019): La anarquía como disuasión, in: Efecto Cocuyo v. 08.05.2019, <<http://efectococuyo.com/opinion/la-anarquia-como-disuasion/>> [Zugriff: 15.06.2019].

- *Sestanovich, Stephen* (2017): The Brilliant Incoherence of Trump's Foreign Policy, in: The Atlantic v. Mai 2017, < <https://www.theatlantic.com/magazine/archive/2017/05/the-brilliant-incoherence-of-trumps-foreign-policy/521430/>> [Zugriff: 15.06.2019].
- *SIPRI* (2019): Military expenditure by country, in constant (2017) US\$ m., 1988-2018. SIPRI Military Expenditure Database, <<https://www.sipri.org/databases/milex>> [Zugriff: 03.06.2019].
- *Smith, Dan* (2019): Trends and Causes of Armed Conflict, <https://www.berghof-foundation.org/fileadmin/redaktion/Publications/Handbook/Articles/smith_handbook.pdf> [Zugriff: 03.06.2019].
- *Statistisches Bundesamt* (2019): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. 2018, Wiesbaden. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters, Fachserie 1, Reihe 2, <https://www.destatis.de/DE//Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publicationen/Downloads-Migration/auslaend-bevoelkerung-2010200187004.pdf?__blob=publicationFile&v=3> [Zugriff: 03.06.2019].
- *Statistisches Bundesamt* (2018): Venezuela, Bolivarische Republik, Ausgabe 12/2018, <https://www.destatis.de/DE//Themen/Laender-Regionen/Internationales/Laenderprofile/venezuela.pdf?__blob=publicationFile&v=3> [Zugriff: 03.06.2019].
- *The Military Balance* (2019): Chapter Eight: Latin America and the Caribbean, in: The Military Balance 119 (2019), S. 380–437, <https://doi.org/10.1080/04597222.2018.1561034> [Zugriff: 03.06.2019].
- *UNICEF* (2019): Venezuela. Situation Report No. 3, <<https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/UNICEF%20Venezuela%20Situation%20Report%20No.%203%20-%20April%202019.pdf>> [Zugriff: 03.06.2019].